

Brüssel Aktuell 35/2016

1. bis 8. Oktober 2016

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Staatliche Beihilfen: Transparenzregister eingerichtet

Mit der Initiative zur Modernisierung des EU-Beihilfenrechts veröffentlichte die EU-Kommission Ende September [Informationen](#) zu den neuen Transparenzregeln für die Gewährung staatlicher Beihilfen innerhalb und außerhalb von Förderprogrammen. Diese sehen vor, dass Berichte über genehmigte bzw. freigestellte Beihilfen über 500.000 € öffentlich verfügbar gemacht werden müssen. So benennt die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung ([AGVO](#), zuletzt Brüssel Aktuell 30/2016) als Voraussetzung für eine Freistellung u. a. die Veröffentlichung einer Kurzbeschreibung und des vollen Wortlauts der Beihilfemaßnahme auf einer Webseite des betreffenden Mitgliedstaates (Art. 9 AGVO und Annex III)...

Digitalisierung : Neuer Kommissionsentwurf für Roaming-Gebühren

Am 21. September veröffentlichte die EU-Kommission einen neuen, vorläufigen [Vorschlag](#) für einen Durchführungsrechtsakt zur Abschaffung der [Roaming](#)-Gebühren ab 2017, wie von Präsident Juncker in seiner Rede zur Nation (siehe Brüssel Aktuell 33/2016) angekündigt. Basis hierfür stellen der Kommissionsvorschlag vom September 2013 (vgl. Brüssel Aktuell 39/2015) sowie die EU-Verordnung Nr. [531/2012](#) zu Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen dar...

Umwelt, Energie und Verkehr

Pkw-Maut: EU-Kommission verklagt Deutschland

Am 29. September leitete die EU-Kommission gegen Deutschland ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen der geplanten Einführung einer Pkw-Maut ein (zuletzt Brüssel Aktuell 18/2016). Die EU-Kommission sieht im deutschen Maut-Modell einen Verstoß gegen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ([Art. 18 AEUV](#)) sowie gegen den freien Waren- ([Art. 34 AEUV](#)) und Dienstleistungsverkehr ([Art. 56 AEUV](#))...

Soziales, Bildung und Kultur

Vereinbarkeit von Familie und Beruf: EU-Parlament verabschiedet EntschlieÙung

Am 13. September verabschiedete das Europäische Parlament eine [EntschlieÙung](#) zur „Schaffung von für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf förderlichen Arbeitsmarktbedingungen“ (zuletzt Brüssel Aktuell 41/2015). Die Abgeordneten fordern u. a. die Einführung eines mindestens zweiwöchigen, bezahlten Vaterschaftsurlaubs...

Anerkennung von Berufsqualifikationen: EU-Kommission moniert Vertragsverletzung

Ende September leitete die EU-Kommission u. a. gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichtumsetzung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen ([2005/36/EG](#)) ein (zuletzt Brüssel Aktuell 20/2015). Die Richtlinie soll ein europaweit einheitliches, modernes und effektives System für die Anerkennung von Berufsqualifikationen schaffen, entsprechende Vorschriften bzw. Verfahren vereinfachen und zugleich landesspezifische Anforderungen gewährleisten...

Mehr als Bildung“: Europäische Bürgerinitiative gestartet

Am 6. Oktober begann die Unterschriftensammlung für die europäische Bürgerinitiative „[Mehr als Bildung](#)“, nachdem die EU-Kommission bereits im Juni über deren rechtliche Zulässigkeit entschieden hatte. Ziel der [registrierten](#) Initiative ist es, die staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung auf allen Ebenen der Lehrpläne in Europa zu entwickeln und so demokratisch denkende Bürger heranzubilden...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Städteagenda für die EU: Weitergehende Informationsmöglichkeit

Seit 3. Oktober steht der Text des Pakts von Amsterdam (vgl. Brüssel Aktuell 22/2016) auch auf [Deutsch](#) zur Verfügung. Ausführliche Informationen über die Städteagenda finden sich im [Internetportal](#) sowie in der [Herbstausgabe](#) der Kommissionszeitschrift „Panorama“...

Zukünftige EU-Kohäsionspolitik: Erklärung der Regionen und Kommunen

Am 28. September überreichte Dr. Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, im Rahmen einer Veranstaltung im Ausschuss der Regionen, eine [Erklärung](#) zur Zukunft der europäischen Regionalpolitik an die EU-Institutionen. Diese wurde von 337 Regionen, Kommunen und interregionalen Organisationen aus 22 Mitgliedstaaten unterzeichnet...

In eigener Sache

Zukunft der Kohäsionspolitik: Diskussionsrunde mit Vertretern aller Ebenen

Am 20. September tauschten sich die Kommunalen Landes- und Spitzenverbände Bayerns, Baden-Württembergs und Sachsens u. a. mit Vertretern der EU-Kommission und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU im Ausschuss der Regionen ([AdR](#)) zur Ausgestaltung der künftigen EU-Kohäsionspolitik aus. Dabei diskutierten sie insbesondere bisherige Erfahrungen mit den Struktur- und Investitionsfonds (ESIF), zogen Lehren für die Zukunft und artikulierten erste politische Prioritäten. Im Fokus der Diskussionsrunden standen die Sichtbarkeit der EU-Förderung, Wege einer intelligenten, zielgerichteten Verteilung immer begrenzterer Mittel und das Vereinfachungspotenzial...